

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 25614

Abrechnung möglich mit Abnahmen der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geldabholung monatlich 4 M., durch unsere Käufleute zugestraßen in der Stadt monatlich 4,50 M., auf dem Lande 4,80 M., durch die Post bezahlt monatlich 12,50 M. mit Aufzugsgebühr. Alle Postanstalten und Poststellen sowie unsere Käufleute und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.



Abrechnungspreis 1 M. für die gehaltene Postzuliste oder deren Raum, Loslesepreis 90 Pf., Rechnung 2,50 M. Bei Werbeabholung und Jahresabonnementen entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil sind von Beträgen, die zugeschaffte Postzuliste 2 M. Nachstellungsgebühr 50 Pf. Anzeigenanträge ist monatlich zu 10 M. Für die Richtigkeit der durch Fernsprecher bestimmten Angaben übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Automat erzielt, wenn der Betrag durch Mänge eingesogen werden muss oder bei Abzugserfordernis zu Rücksicht genommen wird.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Löffig, für den Herausgeber: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 29.

Freitag den 4. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Montag den 7. Februar 1921 vormittags 11 Uhr

wird im Verhandlungssaal des amtsaufmannschaftlichen Dienstgebäudes

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung hängt vom 3. Februar 1921 ab im Anmeldezimmer der Amtshauptmannschaft aus.

Meißen, am 2. Februar 1921.

Nr. 29 I B.

Der Amtshauptmann.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 6. bis 12. Februar 1921 werden im Bezirk des Kommunalverbandes Meißen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) auf sämtliche Nährmittellarten, Reihe IV, Abschnitt 7

250 Gramm Kochmehl Pfundpreis 5,20 M.

250 Teigwaren 8,-

b) auf sämtliche Lebensmittellarten, Reihe IV, Abschnitt 7

soweit Vorrat reicht

500 Gramm Reis Pfundpreis 3,50 M.

1 Dose fett. Milch mit Zucker Preis für die Dose 11,-

oder 1 ohne 8,50

c) auf graue und grüne Lebensmittellarten, Abschnitt 7

1 Tüte je 1/4 Pfund bzw. Malz Preis für die Tüte 2,50 M.

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unverzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Es wird darauf hingewiesen, daß nicht abbeließte Waren nicht zurückgenommen werden.

Ein Verkauf der Lebensmittel vor der angezeigten Zeit darf nicht erfolgen.

Meißen, den 2. Februar 1921.

Nr. 29 II F.

Die Amtshauptmannschaft.

Kartoffelverkauf. Freitag den 4. Februar 1-4 Uhr in der neuen Schule Fortsetzung des Verkaufs von Kartoffeln, Jenner 35 Mark.

Wilsdruff, den 1. Februar 1921. Der Stadtrat. — Kriegswirtschaftsamt.

Freitag den 4. Februar vormittags 11-1 Uhr

Ausgabe der Spiritusmarken.

Beliebt werden sämtliche weißen Ausweise und die roten Ausweise auf Nr. 401-580.

Wilsdruff, am 1. Februar 1921.

Der Stadtrat.

Grumbach.

Von 15. Februar 1921 sind die Staatsgrundsteuer, die Landeskulturrabatte, das Lichtgeld und die Reichseinkommensteuer 4. Termin in den Vormittagsstunden an die hierige Ortssteuereinnahme abzuführen. Die Staatssteuerzeit auf 1920 sind zur Entlastung vorzulegen. Nach Frühlingslauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Grumbach, am 3. Februar 1921.

2141

Der Gemeindevorstand.

Gehen wir nach London?

Wenn im deutschen Volke eine Urabstimmung über die Frage vorgenommen werden könnte, ob unsere Regierung der von der Entente angelündigen Einladung zur Entscheidung dazu geeigneter Sachverständiger nach London entsprechen soll, um dort über die Pariser Reparationsbeschlüsse ein Einvernehmen herzustellen — ein großer Teil der Stimmberechtigten würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach für ein unzweckiges Nein entscheiden. Als Staatsminister Dr. Hartig, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, am Abend nach der Veröffentlichung der Pariser Beschlüsse in einer großen Wählerversammlung seiner Entrüstung über dieses neueste Machwerk der Entente-Weltpolitik Ausdruck gab und hinzufügte, die einzige Antwort, die uns wohlausstände nach allem, was geschehen, müsse lauten: wir gehen nicht nach London, wir geben nicht nach Brüssel, sandt er die stürmische Zustimmung der Zuhörer. Was ja immer noch nicht viel besagen will. Aber selbst in diesen Einzelgesprächen unter rubigen, durchaus nicht leichtfertig veranlagten Menschen kann man in diesen Tagen sehr oft die Überzeugung vertreten hören, daß es unter unserer Würde sei, diesen jungenen Einladungen fernherin noch Folge zu leisten. Und wer selbst imstande ist, diesen Gesichtspunkt noch auszuhalten, weil es sich um das Wohl und Wehe eines ganzen großen Volkes handelt, der muß sich doch die Frage vorlegen, ob denn die Londoner Verhandlungen überhaupt noch irgendwelche Aussicht bieten, das Los zu mildern, das in den Pariser Beschlägen für uns beschlossen ist. Da kann man nur sagen: die Spuren kreisen. Als wir in Spa „gehörten“ wurden, geschah es auf Grund eines Diktats, über das die Sieger sich vorher in mühevollen Sitzungen geeinigt hatten. Was unsere Bevollmächtigten demgegenüber an Erleichterungen erreichen konnten, um es verb auszudrücken, eine Stuh auf dem Schwanz forttragen. Ob wir unterrichten, ob wir nicht unterschreiben, es mache im Endergebnis nicht den geringsten Unterschied aus. Jetzt aber stehen wir vor der Tatsache, daß, trotzdem Herr Dr. Simons sich damals für die Unterchrift entschied, mit ihm versöhnen wird wie mit einem Galeriensträfling, dem man gerade in dem Augenblick, wo er unter den ihm aufgebürodeten Kosten zu erliegen droht, neue schwere Gewichte auf den Rücken häusigt, um ihm ja auch mit den letzten Funken aus dem Leibe zu treiben. Dr. Simons spricht von Gegenvorschlägen, die er ausarbeiten will, um sie in London auf den Verhandlungstisch niederslegen. Jedem Deutschen muß die Röte der Scham ins Gesicht steigen, wenn er daran denkt, daß die Regierung seines Landes mit den Vätern dieser Pariser Beschlüsse sich an einen Tisch setzen soll. Mit Leuten, die uns heute feierlich zusagen, man würde uns binnen wenigen Wochen zu abschließenden Verhandlungen nach Genf bitten, und die uns statt dessen morgen nach London „laden“, ohne ein Wort darüber zu berücksichtigen, daß London für uns nicht ganz dasselbe ist und sein kann wie Genf. Mit Leuten, die soeben vor der ganzen Welt laut und vernehmlich erklärt haben, daß sie uns in ihrem Völkerbund nicht aufnehmen wollen; mit Leuten, die überdies den uns abgepreßten Friedensvertrag überall da, wo es ihnen gefällt, wie Lust behandeln, um dafür in den Punkten, wo wir ihn verletzt haben sollen,

Strafbestimmung auf Strafbestimmung zu häufen. Der deutsche Unterhändler, der trotz allem sich dazu entschließen kann, nach London zu gehen, verdient die Märtyrerkrone — gleichviel wie es Lloyd George gefallen wird, ihn im Angesicht der halb höhnisch, halb mitleidig zuschauenden Völker zu behandeln.

Aber was hilft das alles: Dr. Simons fragt nicht das deutsche Volk, sondern, an erster Stelle wenigstens, sein eigenes Gewissen, und daran tut er natürlich recht und abermals recht. Er darf, er muß die Empfindungen unterdrücken, die mit allen Deutschen auch sein Herz in diesen Tagen erfüllen, er hat die Pflicht, lediglich den Eingebungen des Verstandes zu folgen, und selbst die allerleitigen Möglichkeiten, unser Los wirklich noch etwas erträglicher gestalten zu können, nicht ungenutzt zu lassen. Freilich, würde nicht ein Aufschrei der Dual doch härteren Eindruck machen als das Heischen um Trachten und Raten, in daß die Londoner Verhandlungen doch schließlich auslaufen werden? Wäre es nicht besser, wäre es nicht möglicherweise sogar klüger, wir hörten endlich auf von Verzweiflung zu reden, und gingen endlich auch zu Taten der Verzweiflung über?

Überlegen Sie sich diese Frage noch einmal, Herr Dr. Simons, ehe Sie nach London gehen! Dr. Sy.

Der Ris in der Entente.

Zurück vor gänzlichem Beruh.

Der Pariser Vertreter der regierungsoffiziösen Londoner „Westminster Gazette“ veröffentlicht in diesem Blatt ausschenerregende Erklärungen. Er sagt, die ganzen Möglichkeiten des Schadensvertrages seien eine große Lüge und Frankreich wiege sich in Illusionen. Weiter schreibt der offenbar bestens unterrichtete Korrespondent:

Deshalb darf man der Bevölkerung England und Frankreich nicht deutlich machen, daß die Bahnen, die notwendigerweise für den militärischen Schadensvertrag angegeben werden müssen, verhältnismäßig niedrig sein müssen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung in Frankreich wissen, wenn sie hört, daß man sie betrogen hat. Aber diese Wut wird vorübergehen und das Ergebnis, daß man die Wahrheit in den Vordergrund gebracht hat, wird nur heilsam sein können. In England fangen schon viele Leute an, die Wahrheit zu ergründen. Aber man verfügt über ein erfahruntes Maß von Selbsttäuschung, das der Ris ein Ende gemacht wird, wird eine unvermeidliche Folge davon sein, daß die Entente auseinanderfällt.

Die Entente war bereits längere Zeit gefährdet und nichts hat sie so viel benachteiligt, wie die Frohe des Schadensvertrages. Die englischen Vertreter würden die Konferenz gern einige Zeit verschoben haben, damit Briand Zeit bekommen habe, um sich einzuarbeiten und seine Auffassung in Übereinstimmung mit der seiner Minister zu bringen. Es waren die Franzosen, die mit allen Gewalt die Konferenz abhalten wollten, die nichts anderes als einen unpraktischen und unbedeutenden Vergleich zur Folge haben konnten. Es wird immer klarer, daß der französische Weg eine großzügige Plastierung ist. Dies geht aus verschiedenen Erklärungen hervor, die mit großer Freimaurerlichkeit ausgesprochen werden. Wahrscheinlich

wird Deutschland in einiger Zeit mit seinen Zahlungen in Rückstand bleiben und wahrscheinlich werden die Alliierten, die vor dem Kriege mehr als ein Drittel der gesamten Ausfuhr erzielten, unruhig werden wegen der Überflutung der Märkte mit deutschen Waren. Der Korrespondent deutet dann einige Widerprüche der Beschlüsse an und meint: Kurz, je mehr man die Abreinkunft der Pariser Konferenz betrachtet, um so mehr ist man davon überzeugt, daß das System völlig ungünstig ist und als ziemlich ungern selbst von denjenigen betrachtet wird, die es ausgearbeitet haben.

Auch Amerika protestiert!

Nach einer Niederschrift aus Washington scheint man in amerikanischen offiziellen Kreisen nur eine sehr bedingte Bestreitung über das Reparationsprogramm der Verbündeten zu empfinden. Man sage, daß die Ausführung der Bestimmung nicht nur vom guten Willen Deutschlands, sondern auch von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhänge. Man erkenne an, daß Deutschland den Grundsatz einer Zahlung von Annuitäten annehmen müsse. Was aber die zwölfsprozentige Exportsteuer anbetrifft, so werde ernsthafter Zweifel über die Weisheit und Zweckmäßigkeit ihres Grundgesetzes laut. Man erwarte, daß die amerikanische Regierung den Verbündeten Mächten eine offizielle Mitteilung mache, daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie nicht an der Konferenz von Paris teilgenommen hätten, Einwendungen machen würden hinsichtlich des unpraktischen Charakters des in Paris aufgestellten Reparationsprogramms, das nicht nur bedeutende Folgen für die Handelsbeziehungen Amerikas zu Deutschland, sondern auch zu den Großmächten des Verbandes haben könne.

Lieber in die Wüste Sahara.

Das Kopenhagener sozialdemokratische Organ wendet sich in einem Zeitartikel aufs schärfste gegen die Forderungen an Deutschland und nennt sie, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, schreckliche Notheit und unbarmherziges, grausames Todesurteil. Die Zeitung führt fort: Wenn die Sieger das ganze deutsche Volk nach Afrika deportieren und in die Sahara gelagert hätten, so wäre das menschlicher gewesen. Wir betrachten es als sicher, daß die Arbeiter der ganzen Welt, auch die der siegreichen Länder, sich erheben und gegen diese Entscheidung protestieren werden. Denn ein Sklavenleben, wie es der deutschen Arbeiterklasse zugesetzt ist, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter auch in andern Ländern in das schwärzeste Elend geraten. Das deutsche Volk wird natürlich diese wahnförmige Entschädigung nicht bezahlen, und die Sieger können den Betrag nicht eintreiben. Selbst die schwärzesten Soldaten werden auf die Dauer zu einem 42jährigen Plünderungszug in dem zum Tode verurteilten Lande unangänglich sein.

Wechsel über 150 Milliarden.

Die Franzosen glauben in ihrem Elter, daß die ganze Sache mit den Pariser Beschüssen schon erledigt sei. Einige Abgeordnete — anscheinend ganz „besondere Finanzkünster“ — haben nämlich bereits in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, zwecks unverzüglicher Abwendung der französischen Schuldforderung an Deutschland. Dieser Entwurf sieht die Auflösung von Weblein

der Bank von Frankreich auf die deutsche Schuld bis zur Höhe von 150 Milliarden vor, die noch und nach je noch Bedarf ausgegeben werden sollen. Diese Emission ist in erster Linie für die Wiederaufbauarbeiten in den verwüsteten Gebieten, für die Ablösung von Vors der nationalen Verteidigung und für eine beträchtliche Amortisierung der französischen Renten, wodurch der Anteilmarkt für französische Staatsanleihen wieder eröffnet werden soll, zu verwenden.

Dr. Simons' Reichstagsrede.

(Aus dem amtlichen Bericht)

in Berlin, 2. Februar.

Der heute morgen ausgegebene, amtlich festgestellte Wortlaut der bedeutungsvollen Note des Außenministers ergänzt die in den gefügten Abendstunden entstandenen mehr oder weniger gefügten Berichte der Zeitungen in manchen Punkten. Aus der bekannten Vorgeschichte, Verhandlungen, Noten und Beschlüsse bis zur Pariser Konferenz umfassend, die den ersten Teil der Ausschüttungen des Ministers bildete, ist besonders bemerkenswert, daß es trotz allen guten Willens auf deutscher Seite niemals möglich wurde, einem einigermaßen die Spuren der Ausführbarkeit zeigenden Plan näherzutreten. Die Namen Spa, Gent, Brüssel sind ergebnislose Stationen auf diesem Wege. Endlich tauchte der

Beschluß des Herrn Seydou.

auf, des Vertreters der Alliierten bei den Pariser Verhandlungen, mit dem deutschen Vertreter, Herrn Bergmann, im Anfang des Monats Januar. Danach sollte Deutschland zunächst auf die Fristsetzung seiner Gesamtschuld bis zum 1. Mai 1921 verzichten und dafür eine Verständigung über fünf Jahresabzüglichungen im Betrage von je drei Milliarden Goldmark anzunehmen. Auf Anfrage der französischen Regierung erklärte man sich in Berlin damit einverstanden, daß die deutsche Regierung den Seydouschen Vorschlag als Basis weiterer Verhandlungen annehmen unter den bekannten Vorbehalten. Die deutsche Regierung trat durch ihren Berliner Vertreter an die deutsche Regierung mit dem dringenden Aute heran, auf diesen Vorschlag der französischen Regierung einzugehen. Die englische Regierung erklärte sich offiziell bereit, sobald das französische Schrift anzuzeichnen. Aber als jetzt die Ministerpräsidenten in Paris zusammenkamen, war alles das vergessen, der Seydousche Plan schien verschwunden und der französische Finanzminister Doumer¹ setzte an die Stelle der Verständigung die Forderung der ungeheure Summe. Alle erachteten deutschen Vorschläge wurden nicht mehr beachtet. Deutschland hat in Spa drei Vorschläge gemacht, erstens einen Finanzierungsplan, zweitens einen Plan für die Sachleistungen aus der Wiedergutmachungsverpflichtung und drittens einen Plan für die technische Durchführung des Wiederaufbaus. Die Pläne sind unter den Tisch gesunken. Wir haben keine andere Antwort auf sie bekommen als höhnische Kritiken in der Pariser Presse. Dr. Simons wies darauf hin, daß er nur das Wort:

Oberschlesien

auszusprechen brauche, um zu zeigen, daß wir wirklich sechs Pläne für das, was wir leisten können, noch überhaupt nicht oder nur in deduktiver Form machen können. Pläne in solter Form zu machen in einem Moment, wo es in Oberschlesien am Leben und Tod geht, hielt Dr. Simons für einen taffischen Fehler. Er ging dann ausführlich auf den bekannten Inhalt der letzten Note ein und betonte ausdrücklich, es handle sich um Entwicklungen, die und mitgeteilt werden; wir werden nicht gefragt. In der Note steht kein Wort der Anerkennung für das, was wir schon geleistet haben. Dr. Simons fuhr fort:

Kein Volk der Welt hat jemals in der Entwicklung so viel geleistet wie jetzt das deutsche, und Sie wissen mit glauben, wie oft einem Augenzeugen der Verhandlungen von Spa kein Mensch in Spa, auch unsere Gegner nicht, haben damals geglaubt, daß wir in dieser Zeit so viel würden leisten können und leisten werden.

Der Minister ergänzte die Pariser Beschlüsse in bezug auf die sog. Wiedergutmachung, bespricht die ungeheuren Beleidigungs- und sonstigen uns unterlegten Kosten, charakterisiert die gegenrheinischen Verküsse gegen den Friedenvertrag

und erwähnt die Behauptungen, daß das Geld, das Frankreich bisher zu Reparationszwecken aus seinem Eigentum aufgewandt hat, bisweilen dingeladen worden ist, ohne daß darüber auch nur eine Mauer aufgebaut worden wäre, indem zu die Cam² „et ganz andere neue Lebenswege damit geladen haben als die Wege des Wiederaufbaus. Deutschland ist dazu nicht gehörig worden. Der Minister sagte weiter:

„Mag das „Arrangement“ den Bestimmungen des Friedensvertrages widerstreichen oder nicht, das würde von wenig Bedeutung sein, wenn es an sich voraussichtlich und gangbar wäre. Und da ist die deutsche Regierung nach sorgfältiger, wenn auch natürlich füger, Prüfung des Inhalts der letzten Übereinkunft, daß es sich weder um eine praktische, noch um eine gangbare Lösung handelt. Die fixe Summe von 225 Milliarden Goldmark ist ja in Papiermark etwa 3000 Milliarden, also mehr, als jetzt wohl das ganze deutsche Volkswesen beträgt. Es ist ein wahres Widersinn, daß heutige Volk mit einer solchen

Finanzlast in einem Augenblick zu schwere, wo wir den Gegnern nachgewiesen haben, wie schlecht es mit unserer Finanzen steht. Dann aber kommt doch diese Unterwerfung von 225 Milliarden, zahlbar in Monaten bis zu 6 Milliarden Gold, und zwar 42 Jahre hindurch, vollständig auf eine wirtschaftliche Verflüssigung des deutschen Volkes hin und (schlechte Zustimmung), auf eine Verflüssigung namentlich unserer arbeitenden Bevölkerung, aus deren Schwäche doch alle die Werte herausgeschöpft werden sollen, die man uns hier auferlegt.

Wir kommen zu einer Art Gefangenenaussetzung in Deutschland, die zu einer Verflüssigung der deutschen Industrie führen muß, wenn die 12% prozentige Abgabe auf unsere Ausfuhr gelegt wird. Die Drohungen im Hause der Riktausübung der Pariser Beschlüsse mit weiterer Belastung des Rheinlandes über die vertragsgemäßige Zeit hinaus, Belastung neuer Gebiete Deutschlands, Errichtung eines selbständigen Volksstaates in den Rheinlanden, Riktausnahme Deutschlands in den Österreich-verbündeten Staaten bis zum 1. Mai 1921 verzichten und dafür eine Verständigung über fünf Jahresabzüglichungen im Betrage von je drei Milliarden Goldmark anzunehmen. Auf Anfrage der französischen Regierung erklärte man sich in Berlin damit einverstanden, daß die deutsche Regierung den Seydouschen Vorschlag als Basis weiterer Verhandlungen annehmen unter den bekannten Vorbehalten. Die deutsche Regierung trat durch ihren Berliner Vertreter an die deutsche Regierung mit dem dringenden Aute heran, auf diesen Vorschlag der französischen Regierung einzugehen. Die englische Regierung erklärte sich offiziell bereit, sobald das französische Schrift anzuzeichnen. Aber als jetzt die Ministerpräsidenten in Paris zusammenkamen, war alles das vergessen, der Seydousche Plan schien verschwunden und der französische Finanzminister Doumer¹ setzte an die Stelle der Verständigung die Forderung der ungeheure Summe. Alle erachteten deutschen Vorschläge wurden nicht mehr beachtet. Deutschland hat in Spa drei Vorschläge gemacht, erstens einen Finanzierungsplan, zweitens einen Plan für die Sachleistungen aus der Wiedergutmachungsverpflichtung und drittens einen Plan für die technische Durchführung des Wiederaufbaus. Die Pläne sind unter den Tisch gesunken. Wir haben keine andere Antwort auf sie bekommen als höhnische Kritiken in der Pariser Presse. Dr. Simons wies darauf hin, daß er nur das Wort:

Jetzt schon muß die deutsche Regierung erklären, und ich habe den Auftrag, es zu erklären, daß das Arrangement, wie es und in der Note der Entente vorgelegt worden ist, von uns als eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann, daß die ausführlichen Bestimmungen der und in ihrem Zusammenhang abzuholen sind. Es wird infolgedessen selbstverständlich unsere Wicht sein, nunmehr alle Mittel anzuwenden, um trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die ich vorhin angegeben habe, zu deutlichen, starken deutschen Gegenwörtern zu kommen.

Wenn der Deutsche, sagte der Minister zum Schlus, Großes leisten soll, dann muß abgewillt werden an den freien deutschen Willen Gewissens, als Sklave arbeitet der Deutsche nicht so, wie er es als freier Mann tut! Und das wird sich zeigen, wenn es dazu kommen sollte, daß die Alliierten in einer so übertriebenen Weise Forderungen an die deutsche Produktionskraft stellen...

Deutscher Reichstag.

(64. Sitzung.)

in Berlin, 2. Februar.

Die Belebung des Hauses und der Tribünen war heute nicht mehr so stark wie gestern. Zu Beginn der Sitzung waren fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung anwesend.

Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. Schiffer (Dem.) gab zu der Rede des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons über die Forderungen der Entente im Namen der Regierungsparteien, der Bayerischen Sozialdemokratie und des Deutschen Bauernbundes die Erklärung ab, daß die Beschlüsse von Paris weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages noch mit der Ehre und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands vereinbar seien. Die Erklärung erhebt Widerspruch gegen diese Beschlüsse. Sie billigt die Ausführungen des Ministers, die Entwaffnung lokal durchzuführen, legt aber Erwähnung gegen die Bestimmungen ein, die über den Friedensvertrag hinausgehen. Die wirtschaftlichen Forderungen, sagt die Erklärung schließlich, sind für uns unannehmbar. Wir billigen aber die Absicht der Regierung, neue Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Worte wurden von Leibhardt und anhaltendem Beifall begleitet.

Stellungnahme der Mehrheitssozialisten.

Abg. Müller-Granatz (Soz.) bewont namens seiner Partei, die Sozialdemokratie stimmt den Erklärungen der Regierung über die unausführbarkeit der Pariser Beschlüsse zu. Eine deutsche Regierung, die sie für ausführbar hält, wird sich nie finden. (Beifall) Der Redner stellte weiter fest, daß die Forderungen die Leistungsfähigkeit Deutschlands überstreichen und schließlich zur Verletzung der deutschen Arbeiterschaft, die die stärkste Stütze der deutschen Republik sei, führen müßten. Die Forderungen legen uns, so bemerkte der Redner weiter, eine unerträgliche Jungsäule an und sind geeignet, die wirtschaftliche Krise zu einer europäischen Katastrophen zu verhängen. Zum Schluß rief der Redner die internationale Arbeiterschaft an, sie möge mithelfen, daß die Wiedergutmachungsfrage einer gerechtlichen Lösung entgegengesetzt wird.

Der deutschnationalen Redner.

Abg. Hergt (Deutschnat.) erklärte namens seiner Partei zunächst, daß die Forderungen der Entente unannehmbar seien und fügte hinzu, daß der Ton des Ministers gekennzeichnete Entschiedener hätte sein sollen. Die Entwaffnungsforderungen lassen die gespannte Lage an der östlichen Grenze und die Gefahren im Innern völlig außer acht, in der Reparationsfrage stimmt er dem Minister darin zu, daß die Forderungen nicht einmal als Grundlage neuer Verhandlungen gelten können. Wenn aber jetzt wieder einmal das Diktat liegen oder Brechen an uns herantrete, so müsse dadurch sicherer Einfluß erworben werden. Wolle die Entente uns ihre Bestimmungen wirklich aufzwingen, so zerreiße sie damit selbst den Friedensvertrag, aber auch für uns. Durch unser gesamtes Volk gehe ein Schrei der Entrüstung in dem Schilde, das man uns vermünzen wolle. Wieder dies-

heit und Stunde ein ihr entsprechend großes Geschlechtinden. (Leibhardt Beifall.)

Unabhängige und Kommunisten.

Abg. Leebour (U. Soz.) wandte sich zunächst gegen den Vorredner. Nach Leebours Ansicht habe der Abg. Hergt sehr herausfordernd geworden, obwohl doch die Regierung gerade alle Schuld an allem trage. Die Entwaffnungsforderungen, meinte der Redner weiter, hätten eine gewisse Berechtigung, mit Ausnahme der Sache über die Zustimmung, sowohl hier wirtschaftliche Angelegenheiten in Frage lägen. Durch unsere Orgeln und die Selbstschutzeinrichtung hätten wir selbst den Grund zu dem Misstrauen gelegt, das sich nun entlade. So dann verbreite sie vor der Redner über die imperialistischen Forderungen, die einst die Niederseit wolle, und verglich damit die jetzigen Forderungen der Entente. Daß der von der Entente geforderte Ausfuhrzoll in erster Linie von den Arbeitern getragen werden müsse, hat der Minister selbst anerkannt. Desgleichen, daß der Arbeiter durch die ausländischen Kapitalisten ausgebettet werden soll. Wie wollen aber auch die Ausbeutung durch die inländischen Kapitalisten vermeiden. Erreichen läßt sich das nur durch den internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft. Wir müssen unsere Arbeitsbrüder in den Untergeländern unterstützen in dem Biderkampf gegen die imperialistischen Regierungen ihrer Länder. Darum war die Rede des Herrn Hergt verfehlt. Solche Reden treiben den Feind imperialistischer Massen auf ihre Mähen.

Abg. Dr. Levi (Komm.) ging auf die Entwicklung der Friedensverhandlungen und auf die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles ein. Die Erklärung der Regierungsparteien, bemerkte er, standen im Widerspruch zu der Erklärung des Kabinetts. Mit allen diesen Erklärungen werden Sie der Entente nicht imponieren. Auch nicht mit der Erklärung des Abg. Müller-Franzen. In Versailles hat die Regierung die deutsche Arbeiterschaft der Vereinigung preisgegeben. Nur eine Sache gibt es, die die große Weltbewegung berührten kann, der Sammelpunkt für die Kräfte der Unterdrückten der ganzen Welt ist Sovjetrußland, die einzige Macht der Welt, die sich den feindlichen Kapitalisten nicht gebogen hat. Damit schließt die Versprechen.

Eine Ansprache des Präsidenten.

Präsident Voigt betonte im Anschluß an die Erklärungen der Parteien u. a.:

Mögen die Gegner auf die Worte des Reichstages hören, damit ihnen und uns die Tatsache erspart bleibt, die eintreten könnte bei dem Versuch einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer unmöglichen Forderungen. (Beifall.) Die Forderungen entsprechen vielleicht dem naiven Glauben, daß die Arbeitskräfte des deutschen Volkes auch bei den gräßlichen Drangalierungen unverwüstlich bleibent. Das aber, was der Fremde in gutverwirkten Zofalen sieht, ist nicht das deutsche Volk. Da, wo von 600 Gemeindeschülern 400 kein Hemd haben, wo die Mütter den hungrenden Kindern kein Brod mehr geben können, da zeigt sich das Elend des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat seine wahrnde Stimme erhoben. Wird sie überhört, dann treffen die Folgen nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa und auch diejenigen, die sie hervorgerufen haben.

Stürmische Kundgebungen.

Die Worte des Präsidenten wurden wiederholt von Zwischenrufen, die von der äußersten Linken kamen, unterbrochen. Der Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) rief: Das ist die Fortsetzung des Verbrecherpolitik. Gegen die Kundgebungen von der äußersten Linken wurden von rechts Rufe laut, die zur Ruhe forderten und Entzündung und gaben. Als der Präsident seine Ansprache geöffnet hatte, wurde stürmische Beifall laut im Hause. Am den Tribünen wurde in die Hände gestoßen.

Nach einer lebhaften Geschäftsausordnungsdebatte, in der sich die äußerste Linke gegen die Verlebung einer Mitteilung des bayrischen Landtags wehrte, wird diese Mitteilung durch einen Schriftführer verlesen. Sie enthält eine Ansprache des Landtagspräsidenten, die sich schwer gegen die Pariser Verträge wendet und sie als unerträglich für Deutschland bezeichnet.

Dann entsteht abermals eine Geschäftsausordnungsdebatte, in der die mehrere Redner der Unabhängigen und Kommunisten darlegen, der Präsident sei nicht berechtigt gewesen, die Mitteilung verlesen zu lassen. Von mehrheitlich sozialistischen und kommunistischen Rednern wird ihnen widersprochen. Damit war die Ansprache über die Erklärungen Dr. Simons beendet.

Nah und Fern.

○ Das erste Saarpostwettbewerb. Als erstes eigenes Postwettbewerbs des Saargebiets ist jetzt eine 40-Pfennig-Postkarte ausgegeben worden. Die eingedruckte Marke trägt die Überschrift „Saargebiet“ und als Bild die charakteristischen Wahrzeichen der Industrielandchaft: Schlackenhalden und Fördergerüst. Bissher dienten dem saarländischen Postverkehr die reichsdeutschen und bayerischen Wertzeichen mit Überdruck.

○ Ein italienisches Torpedoboot verbrannte. Eine Depeche aus Baltimore berichtet, daß das italienische Torpedoboot „Nettuno“, das mit der Bestimmung nach Brin-

Gräfin Pia.

Roman von H. Courths-Wahler.

55. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sehr erregt und doch ermüdet von der ungewöhnlichen Geselligkeit, ging Pia an diesem Abend zu Bett. Erst dachte sie froh darüber nach, daß die beiden Baronessen einen Freundschaftsbund mit ihr geschlossen hatten und mit ihr siehig ausstreiten wollten. Dann aber, als sie schon im Halbschlaf lag, hörte sie die Trompetenstimme der Exzellenz sagen: „Sie soll sie wahnsinnig geliebt haben.“

Sie schaute zusammen, kam aber nicht mehr recht zum Bewußtsein und schlief ein. Im Traume erschien ihr Exzellenz Rothheim wieder. Sie streckte ihre fetten, böhmischen Hände nach ihr aus und kam näher und näher an sie heran. Dabei wurde sie immer größer und stärker und nahm eine seltsame graue, verwirrte Farbe an. Und die fetten Hände ballten sich zu Klumpen und sahen aus, wie grobe Mauersteine. Schließlich warf sich die graue verwirrte Masse über sie und wollte sie erdrücken. Da rong sich ein Schrei aus Pias Brust.

„Hans — hilf mir — die Mauer!“

Und da beugte sich Hans Nied über sie, hob sie mit starken Armen empor und trug sie hinweg. Sie schmiegte sich im Traume wie erlöst an ihn und hörte sein Herz klopfen — ganz ruhig und gleichmäßig, und laut und stark.

Darüber verschwand der Traum, und sie schlief ruhig weiter, bis zum Morgen.

Monate waren vergangen, seit Pia in Baden-Baden weilte. Je weiter die Jahreszeit vorwärts schritt, je mehr kamen Fremde an. Auf der Promenade und im Kurgarten begegnete man jetzt einer Umwälzung Menschen. In den Hotels war wirklich alles überfüllt, die luxuriösen Etablissements zuerst. Nur wer da keine Unterkunft mehr fand, begnügte sich widerstreitend mit den anderen Hotels. Geld

schien bei diesem fashionablen Publikum überhaupt keine Rolle zu spielen. Die ganze internationale Rebeleität war vertreten, darunter verschiedene amerikanische Dollarmillionäre, die märchenhafte Preise zahlten.

Das wurde alles noch viel schlimmer, als die große Bodener Woche mit den Rennen in Offenbach heranrückte.

Pia hatte sich überraschend schnell mit der Elastizität ihrer Jugend und unverbrauchten Nerven in das lebhafte Gesellschaftsstreiben geschickt. Sie erinnerte jetzt in keiner Weise mehr an das welsfremde kleine Landfräulein, das im Februar hier angelommen war. Sie trug jetzt ihre eleganten und geschmackvollen Toiletten, die sie selbst auswählte, mit derselben Anmut und Selbstverständlichkeit, wie andere vornehme Damen.

Die Gräfin Edith hatte es wirklich leicht gehabt, Pia den nötigen Schluß beizubringen, viel leichter, als sie selbst geglaubt hatte. Schneller, als sie für möglich gehalten hatte, war Pia mit den Gewohnheiten einer eleganten, vornehmen Dame bekannt geworden.

Dabei blieb sie aber, dank dem verständnisvollen und vorsichtigen Wollen der Gräfin, nichts von ihrer törichtlichen Freiheit und Unprünglichkeit ein.

Kontsch Pia war bald in dem Kreise der Gräfin eine bekannte und beliebte Erscheinung. Man suchte ihre Gesellschaft wie einen Jungbrunnen, an dem man sich erfrischen konnte, und man amüsierte sich über ihre treffenden und ungewöhnlichen Bemerkungen.

Nur eine Feindin besaß Pia — das war Exzellenz Rothheim. Diese hatte zwar noch einmal feurige Kohlen auf Pias Haupt gesammelt, als ihre Reisen zu Besuch eintrafen. Sich und ihren Groß bezwingend, hatte sie ihre Nassen Pia vorgestellt und es sichtlich unterstellt, daß diese der jungen Dame auf Tod und Leben den Hof machen. Pia blieb aber

allen berartigen Bemühungen gegenüber vollständig kalt. Unberührt. Das hatten schon andere Herren erfahren müssen. Die beiden Nassen der Exzellenz waren nun vollends nach angegangen, ihr gefährlich zu werden, und sie hatte sie mit derselben Unbekümmertheit und Harmlosigkeit abblitzen lassen, wie die anderen — vielleicht etwas weniger liebenswürdig.

So mußten die Nassen nach erfolglosem Belagerungszustand wieder abziehen. Und das vergaß Exzellenz Rothheim noch weniger als die „gräßliche alte Frau“. Jedenfalls vertrieb die Antipathie zwischen Pia und ihr auf Gegenseitigkeit. Pia hatte jedoch alle Sympathien auf ihrer Seite, denn die gute Exzellenz war wirklich eine Landplage. Pias Ausdruck über sie klangte längst als geflügeltes Wort.

Mit den beiden Baronessen Lindau war Pia innig befreundet. Die Zwillinge hatte sie ins Herz geschlossen. Sie fühlten sich zuerst, kaum selbst flügge geworden, in einer Art Beichtherrin Pia gegenüber. Und wehe dem — der ihr zu nahe getreten wäre.

Der eifrig betriebene Reitsport bildete dann weiter ein festes Band. Weiß begleitete die Baronin und ein Stallmeister die jungen Damen. Zuweilen ritt aber auch Baron Lindau selbst mit ihnen. „Gouvernante“ war als erster Rassepferd sehr bewundert worden und hatte entschieden, wie

dazu führt, um weit vor Arthur auf offenen Meere verbrannt ist. Neuer meldet hierzu, daß mehrere Menschen das Leben verloren.

Letzte Drahtberichte

des "Wilsdruffer Tageblattes".

Über die Abreise Bergmanns verstimmt.

Paris, 3. Februar. (tu.) Agenzia Tournier meldet: Über die Abreise Bergmanns von Paris ist man verstimmt, da die Arbeitnehmer der Sachverständigen unterbrochen und bis zum März zurückgestellt werden müssen. Man betrachtet die Abreise als den Anfang einer Sabotierung der Pariser Entscheidungen.

Deutschland soll kein Geld für Unterstützungen mehr ausgeben.

Berlin, 3. Februar. (tu.) Der Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz über die Wiedergutmachung soll in einem starken Band erscheinen. Die Sachverständigen kommen nach genauer Prüfung zu der Forderung, daß die Finanzlage Deutschlands rasch verbessert und die Wirtschaftslage gehoben werden könne, sobald die außerordentlichen Ausgaben für Unterstützungen wegfallen. Diese Ausgaben müßten so rasch verschwinden, wie es ohne Erregung sozialer Unruhen beginnen können.

Englische Arbeitslose für die Kolonien.

London, 3. Februar. (tu.) Die englische Regierung prüft einen Finanzplan, der dem Dominium einen beträchtlichen Kredit einräumt, um die englischen Arbeitslosen als Einwanderer aufzunehmen. Die Regierung hofft, auf diese Weise die Arbeitslosenkrise zu überwinden.

Abermals ein schweres Grubenunglück.

Magdeburg, 3. Februar. (tu.) Auf dem Schacht der Gewerkschaft Ilverstedt bei Peppoldshaus ereignete sich gestern morgen ein schweres Grubenunglück. Bis heute sind 10 Tote geborgen, ferner 12 Schwere und 15 Leichtverletzte. Im Schachte sollen sich noch 9 Arbeiter befinden, an deren Rettung man noch arbeitet.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für viele Radikal nehmen wir keinen Beauftrag.

Wilsdruff, am 3. Februar 1921.

— Protestkundgebung des sächsischen Landtages. In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages legte der Kammerpräsident Freydorf im Namen des sächsischen Landtages entschieden Protest gegen die vor der Entente angedrohten Zwangsmahregeln ein, die, wie er ausführte, in Sachsen begreifliche Erregung hervorgerufen haben. Die hohen Zölle würden Deutschland völlig lahmlegen und Sachsen ganz besonders treffen, das mit seiner Industrie in erster Linie auf die Ausfuhr angewiesen sei. Zum Zeichen des Einverständnisses mit dem Protest des Präsidiums erhoben sich die bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Abgeordneten von ihren Plätzen, während die Unabhängigen und Kommunisten demonstrativ sitzen blieben.

— Der Rechtsausschuß des Landtages für eine neue Amnestie. Der kommunistische Antrag auf Erlass einer allgemeinen Amnestie wurde in der Sitzung des Rechtsausschusses abgelehnt, dogegen ein Antrag der Unabhängigen mit einer Stimme Mehrheit gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen, durch den die Regierung erlaubt wird, unverzüglich ein Amnestiegesez vorzulegen, das Straffreiheit gewährt den Personen, die Hochverrat gegen das Freistaat Sachsen begangen haben. Weiter sollen straffrei sein Handlungen, die im Zusammenhang mit den Kappentrühen oder mit dem Belagerungszustand oder mit den am 9. November 1920 zur Erzwingung der Arbeitsruhe veranstalteten Demonstrationen begangen worden sind. Die schon verhängten Strafen sollen im Strafregister gelöscht werden. Weiter soll die Regierung erlaubt werden, auf dem Wege der Einzelbegnadigung die Straßen zu erlassen für solche Vergehen, die unter dem Druck wirtschaftlicher Verhältnisse und wirtschaftlicher Kämpfe zur Unterwerfung der Not begangen worden sind.

— Für die Grenzpende Oberschlesien wurden in Sora 425 Mark, in Lampersdorf 58,50 Mark und in Lözen 48,50 Mark gesammelt.

— Deutsche Kinderhilfe. Entsprechend dem Vorgehen in Preußen hat auch das Sächsische Ministerium des Innern die Fortsetzung der Sammlung "Deutsche Kinderhilfe" bis 31. März 1921 unter den bisherigen Bedingungen genehmigt. In den nächsten Tagen wird der Sächsische Landesausschuß zusammentreten, um über das bisherige Ergebnis und seine möglichst baldige, zweckmäßige Verwendung zu beraten. Trotz aller großen Anforderungen, die die gegenwärtige Notzeit an die Opferfreudigkeit stellt, ist es dringend zu wünschen, daß jeder, der bisher noch nicht der Not der sächsischen Kinder gedacht hat, einen möglichst hohen Beitrag an den bekannten Sammelstellen spendet. Wenn auch das bisherige Sammelergebnis 2 Millionen reichlich überschritten hat, so sind doch noch zahlreiche Sorgen für Kleidung, Nahrung, Erholung, Unterhaltung von Anstalten und Einrichtungen, die dem Wohle der Kinder dienen, zu stellen.

— Die freie Einfuhr von Schmalz und Fleisch, die bereits auf der Dresdner Konferenz der Ernährungsminister in Aussicht genommen worden war und schon am 1. Februar in Kraft treten sollte, ist nunmehr endgültig beschlossen worden. Die Freigabe dürfte indessen nicht vor 14 Tagen erfolgen. Auch bezüglich die Einfuhr von Fleisch sind Erleichterungen in Aussicht genommen. — 1919 kein Kriegsjahr. Bei der Anrechnung von Kriegsjahren sind Zweifel darüber entstanden, ob auch das Jahr 1919 dafür in Betracht kommt. Das Heeresabwicklungs-Hauptamt hat deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Anrechnung von Kriegsjahren auf Grund des Offizierspensionsgesetzes und des Mannschaftsversorgungsgesetzes zunächst nur für die Jahre 1914 bis 1918, nicht aber 1919 in Betracht läme.

— Militärische Leipspferde. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß an Landwirte und Siedlungsgenossenschaften von der Heeresverwaltung Leipspferde, zu den früheren Bedingungen wieder zur Verfügung gestellt werden.

— Unausgezahlte Feldpostanweisungen. Die Postbeamten geben bekannt, daß aus der Zeit vom September bis Dezember 1918 noch Beiträge für abhandengekommene Feldpostanweisungen unausgezahlt sind. Die unbekannten

Absender werden aufgefordert, ihr Rückforderungsrecht bis spätestens 30. April 1921 unter Vorlegung des Einlieferungsscheines bei der Postanstalt ihres Wohnortes geltend zu machen.

— Monatsnachgespräche sind vom 1. Februar ab im deutsch-slowakischen Fernsprechverkehr wie im inneren deutschen Verkehr von 9 Uhr abends bis 8 Uhr vormittags zugelassen.

□ Auflistung von Postmarken. Über die Auflistung der Postmarken zu 2, 2½, 3 und 7½ Pfennigen sind in der Öffentlichkeit vielfach irrite Meinungen verbreitet. Derartige Postverzeichnisse sind schon seit längerer Zeit nicht mehr hergestellt worden. Sie sind, nachdem die Postgebühren in den letzten Jahren wiederholz erhöht worden sind, im Postverkehr nur noch als Ergänzungswerte für Postarten u. v. früherer Ausgaben brauchbar. Für sich allein zur Freimachung von Sendungen verwandt, wirken sie im Postbetrieb störend, da im einzelnen Fälle meist eine große Zahl ausgelöst werden muß. Deshalb sind sie bereits am 31. August 1920 außer Umlauf gestellt worden. Um den Aufbrauch der in den Händen des Publikums befindlichen Stücke zu erleichtern, hatte die Postverwaltung die Frist dann bis Ende Dezember 1920 erweitert. Ebenfalls aus Rücksicht für das Publikum ist gestattet, sie noch weiterhin zur Ergänzung der Freimachung älterer Postarten, Postanweisungen, Briefumschläge und Kartenvielen mit eingedrucktem Wertstempel zu verwenden. Die bin und wieder gehobene Verhöhnung, daß die Germaniamarken allgemein bei der Ausgabe der neu entworfenen Postwertzeichen außer Acht gesetzt werden, ist völlig unbegründet.

— Der Besuch der Festung Königstein für den Fremdenverkehr ist vom Wehrkreiskommando vom 1. Februar an unter gewissen Bedingungen freigegeben.

— Lommatsch. Dienstag früh brannten die Scheune und das Seitengebäude des Gutsbesitzers Uhlemann in Alt-Lommatsch nieder; am Mittwoch früh wurden in Dennschütz zwei Seitengebäude und eine Scheune des Gutsbesitzers Dehmichen eingeschärt und eine Stunde später ebenda selbst die Scheune des Gutsbesitzers Binger.

— Hof bei Staudig. Der Gutsbesitzer Ekelmann wurde Dienstag früh erdrosselt in seiner Wohnung aufgefunden. Da er keine Familienangehörigen bei sich hatte, konnte noch nicht festgestellt werden, ob ein Nachstall oder Raubmord vorliegt.

— Flöha. Der Bezirksausschuß beschloß die Einführung einer Jagd-, Wohnungslagus- und Musikinstrumentsteuer. Der Ausschuß sprach sich gegen die Einführung einer Viehsteuer aus, wohl aber für die Erhöhung der Tonsteuer um 50 Prozent.

— Annaberg. Am 1. Februar trat hier die Fremdensteuer in Kraft. Sie beträgt 1 Mark für jede Übernachtung.

— Schma. Nach 8-jähriger Ortsabwesenheit kehrte am Sonnabend früh der Soldat Herr Schöntner aus russischer Gefangenschaft (Sibirien) zurück. Im November 1914 wurde er in das österreichische Heer eingezogen und rückte im Frühjahr 1915 ins Feld, wo er kurz darauf in Gefangenenschaft kam. Er verlor mehrere Male die Flucht zu ergreifen, wurde aber immer wieder aufgegriffen. Seit 4 Jahren waren die Angehörigen ohne Nachricht, bis er jetzt auf der Fahrt in die Heimat ein erstes Lebenszeichen von sich gab.

— Oelsnig i. G. Für die Hinterbliebenen der Verunglückten hat unter den Einwohnern von Oelsnig eine reine Sammelbürgschaft eingefordert. So spendete der Gemeinderat 1115 M., von Ortsheimwohnern wurden 4200 M. aufgebracht. Von den Beamten und Arbeitern der sächsischen Oberlandbahn wurden 200 M. und von der Chemnitzer Grünen Polizei 2400 M. gesammelt.

— Kirchberg. Die französische Fremdenlegion streift ihre verderbenbringenden Fanganne bis in das Erzgebirge aus. So ist dieser Tage auf der Strassenbahn, die von Wilau nach Zwönitz fährt, ein Mann an einen Kirchberger Lehrling herangetreten und hat nach Anknüpfung eines Besprechens den Dienst in der Fremdenlegion in den verschiedensten Farben gemalt. Schließlich gelang es dem Betroffenen — denn nur um einen solchen kann es sich handeln — den Lehrling zum Eintritt in die Legion zu überreden. Dem jungen Mann wurde das Versprechen abgenommen, um vergangenen Sonntag auf dem Zwönitzer Hauptmarkt zur Abschaffung zu erscheinen. Der Lehrling hat sich aber die Sache glücklicherweise anders überlegt und sich nicht gestellt. Der Vorfall zeigt, wie groß die Gefahr für junge, ungewisse Leute ist, in die Fremdenlegion verschleppt zu werden.

— Leipzig. Wieder ein Stück Romantik, ein Stück Poesie dahin! Der alte Karzer der Universität wird abgerissen, um einer simplen Wohnung Platz zu machen. Kleine und große Geister haben ihn bevölkert, und sich nach der schönen Weise. Ich schneide es gern in alle Rinden ein an den Wänden und Balken durch kunstvolle Gebilde und kräftige Sprüche verewigt. Nun ist auch dieser Zauber dahin und lebt nur noch in der Erinnerung derer, die einmal darin gesessen.

— Cunewalde. Auf der Staatsstraße Großpostwitz-Kodewitz wurde von dem von Cunewalde nach Baunzen fahrenden Zuge das Geschirr des Bäckermeisters Ernst Dutschmann aus Bederwitz erfaßt, wobei die beiden wertvollen Pferde von der Maschine gegen 100 Meter weit geschleppt und auf der Stelle gelöster wurden. Der Wagen wurde zertrümmt. Der Schaden beträgt gegen 3000 M. Der Kutscher kam mit dem Schrecken davon.

Kirchennachrichten aus Wilsdruff

Monat Januar.

Getraut: Marie Hilse, E. des Hermann Paul Hausdorff, Bahnarbeiter in Sachsdorf; — Gott Georg, E. des Max Arthur Baumgarten, Eisenbahngesellen hier; — Erich Tietz, E. des Curt Hermann Pöhlisch, Drechsler hier.

Getraut: Gott Hugo Damm, Tischler hier und Therese Louise Jähnig geb. Dietel hier; — Albert Max Gabriele, Tischler in Grünbach und Frieda Eugenie Boettcher hier.

Beerdigt: Heinrich Oswald Naumann, Rentenempfänger hier, 70 J. 7 M. 17 T. — Ferdinand Wilhelm Kreher, Zimmermeier hier, 82 J. 4 M. 18 T. — Amalie Aurelia Geißler geb. Naumann, hinterl. Witwe des weil. Ernst Heinrich Geißler, geweihte Tagesarbeiterin in Blautenstein, 77 J. 10 M. 15 T. — Marie Elisabeth Breitschneider geb. Röthig, hinterl. Witwe des weil. Johannes Richard Bruno Breitschneider, geweiht. Stadtrat hier 70 J. 5 M. 30 T.

Für die Landwirtschaft.

Die Klauenbehandlung des Rindes.

An jedem Klauen unterscheidet man Hornwand und Hornsöhle. Die erste besteht aus drei Schichten. Die schwache äußere Schicht bildet sich aus Weichhorn, die mittlere Schicht aus zähem Röhrenhorn, die innere aus Blätternhorn. Die Hornmosse, besonders die äußere, ist auf den natürlichen Verschleiß berechnet, wächst deshalb dauernd nach, und zwar bei der unnatürlichen Stallhaltung stärker als unter natürlichen Umständen. Das im Stall gehaltene Rind bewegt sich aber sehr viel weniger als das Wildtier, und selbst dieses ist träge gegenüber seinem wildlebenden Artgenossen. Die Abnutzung des Hornsuhns erfolgt also nicht in gleichem Maße wie der Nachwuchs, und die Folge ist eine derartige Überproduktion von Horn, daß darunter die Gesundheit des Tieres und folglich auch seine Rentabilität erheblich leiden.

Zugvich verbraucht mehr Horn als es erzeugt, denn auch seine Verwendung entspricht nicht den natürlichen Vorbedingungen. Man gibt ihm also als Ertrag für die natürliche Hornsuhne solche aus Eisen.

Die Klauen des Stallsieres werden aber gern übersehen, selbst in anfertigten Wirtschaften. Die Folge sind Missbildungen, die schließlich zu den sogenannten Schnabelschnüren führen, wie sie unser erstes Bild zeigt. Durch die Emporenlämmung der Klauen ruht das Körpergewicht nicht mehr auf der Hornwand der Klauen, sondern wird nach hinten auf den Ballen teil verlegt, unter dessen Haut sich das Ballenpolster befindet, das in Bedeutung und Empfindlichkeit dem Strahlpolster beim Pferde entspricht.



Klauenbehandlung.

Diese einfache Erwähnung zeigt, was auf dem Spiele steht. Die weichen, blutreichen Teile des Fußes erleiden dauernd Quetschung, werden dazu in den Stallsuhng geprägt und müssen sich notwendigerweise entzünden. Es entstehen Blutungen und Infektionen mit Eiterungen und Brand, und schließlich erholt der Tod das Tier von seinen Qualen.

Daß unter solchen Umständen sowohl der Fleischtrupp als auch der Fleischzwachs zurückgehen, ist selbstverständlich, ebenso daß die Fleischqualität des getöteten Tieres zurückgeht.

Der Landwirt straft sich also ganz empfindlich für seine Nachlässigkeit. Er, der die Natur von Jugend auf studiert, darf nie vergessen, daß alle Kreatur, die der Mensch sich nutzbar macht, aus den natürlichen Verhältnissen herausgerissen wird und daß er überall — bei Tier und Pflanze und selbst beim anscheinend toten Erdreich — wacksam eingreifen muß, wenn er nicht die Rache der Natur verspüren will. Und bei der Klauenbehandlung ist der Eingriff zu einsatz.

Man kann die Klauen mit jedem scharfen Instrument befreien, dabei muß aber der Fuß des Tieres hochgehoben werden, wodurch es unruhig wird, was leicht zu einem Fehlschnitt führt.

Empfehlenswerter ist es, den Schnabel mit einem scharfen Stahlmeißel abzuschlagen, aber auch auf diese Weise sind Verletzungen der weißen Fußteile möglich. Deshalb sollte immer die Klauenküche benutzt werden, deren Anwendung wir im zweiten Bild zeigen.

Man lasse sich die Arbeit erst mal von einem erfahrenen Manne vornehmen und lasse das Tier möglichst auf einen turzgemähten Rasenplatz.

Wirkung und Nachwirkung der Düngemittel.

Es verteilt sich die Wirkung der Düngemittel auf die einzelnen Jahre nach Prof. Dr. C. von Wolff wie folgt:

	im 1. Jahr	im 2. Jahr	im 3. und folgenden Jahren
Stallmist	33	34	33
Rindermist	25	40	35
Schafmist	50	33	15
Schweinemist	45	35	20
Schweinemist	30	35	15
Gedammtes Knochenmehl	50	30	20
Superphosphat	70	20	10
Chilesalpeter	100	—	—
Schweisslauras Animalital	100	—	—
Kompost	65	20	15

Körperfärbung, Pulsezahl und Atmung der Haustiere.

Körperfärbung	bei gefundenen Tieren	Pulsezahl	Atmung
(im Magdarm gemessen)		in der Minute	in der Minute
Grad Celsius			
Pferde	37,5—38,5	23—40	10—12
Kühe	38—39,5	70—80	12—15
Ziege	38,5—41	62—98	15—20
Schweine	38,5—40	62—96	15—20
Hunde bis 1 Jahr, Hirsche und Zämmer bis 1 Jahr haben eine Pulsezahl über 100, Füllen bis zu 2 Jahren 40—50 Grad Celsius.	37,5—39	70—120	15—20

Der Puls und die Zahl der Atmung kann durch Bewegung und andere Einflüsse vorübergehend bedeutend beeinflußt werden.

Die Körperfärbung ist abends um etwa 0,5 Grad Celsius höher als morgens.

Die Eigenfärbung des Menschen beträgt 37 bis 38 Grad Celsius.

Bismarck's Entlassung.

Aus dem dritten Bande.

Im Ausland ist bekanntlich der in Deutschland noch verbotene dritte Band von Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen" erschienen und die Presse bringt Auszüge aus dem Werke. Besonders interessant ist das Kapitel über Bismarcks Entlassung infolge seiner bekannten Differenzen mit dem Kaiser. Es heißt da:

Nach der Sitzung des Staatsministeriums, in der Bismarck seinen Einschluß, zu demissionieren, fand gab, machte der Herzog von Coburg Bismarck einen Besuch, der mehrere Stunden dauerte und bei dem nichts Bezeichnendes geschehen wurde. Nach dem Essen erschien Luncanus, der Chef des Kabinetts, der sogleich dem Besuch des Kaisers folgte zu leisten erklärte, und fragten zu müssen, weshalb das Demissionsgesuch, das verlangt worden, noch nicht eingetroffen sei. Dann folgt die bekannte Beschreibung der Art, in der Bismarck seine Demission entworfene. Er erzählte weiter, wie am Abend des 18. März die kommandierenden Generale ins Palais des Kaisers befohlen worden waren, wie es hieß, weil der Kaiser mit ihnen über die neuen militärischen Gefechtsvorschriften sprechen wollte. Die Sitzung dauerte aber nur zwanzig Minuten. Der Kaiser blieb nur eine Ansprache, in der er, wie Bismarck von zuverlässiger Seite erklärte wurde, mitteilte, daß er sich gezwungen sehe, Bismarck zu entlassen. Beim Chef des Generalstabes, Grafen Waldersee, sollten Klagen über Bismarcks Eigenmächtigkeit und Ungehörigkeit im Verkehr mit Russland eingetragen sein. Keiner der Generäle antwortete auf die kaiserliche Anforderung. Auf der Treppe sagte nachher Graf Waldersee: "Dies ist ein bedauernswertes Mißgeschick. Der junge Mann wird uns noch vor viele Nöte stören."

Nochdem Bismarck seine Demission erhalten hatte, wurde er vom Grafen Waldersee besucht. Dieser verlangte, Bismarck sollte seinen Einfluß dahin geltend machen, daß sein Sohn nicht seinem Beispiel folge. Bismarck antwortete darauf aber nur kurz: "Mein Sohn ist majestätisch." Am 20. März nachmittags brachten Habens und Luncanus die Entlassung in zwei blauen Briefen. Dann folgt der offizielle Text, in dem der Kaiser seine Hoffnung ausspricht, daß Bismarcks Rat und Energie, seine Treue und Unabhängigkeit in der Zukunft dem Kaiser und dem Vaterlande nicht vorenthalten werden.

Bismarck schreibt dann: "Mein Rat ist seitdem weder direkt, noch durch eine Mittelperson eingeholt worden. Im Gegenteil. Man scheint meinem Nachfolger verboten zu haben, mit mir über politische Fragen zu reden. Ich habe den Eindruck, daß von sämtlichen Beamten und Offizieren, die an ihrer Position hingen, der Boykott gegen mich besteht, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in

Für die uns zur Feier unserer Silberhochzeit in so überaus reichem Maße zuteil gewordenen Beweise der Liebe und Freundschaft fühlen wir uns gedrungen,

aufs herzlichste zu danken.

Sora, am 2. Februar 1921.

August Wemme und Frau.

2120

Bis 12. Februar

Ausnahme-Tage

für wollene Strümpfe, Winterhandschuhe, Winterunterkleidung (Normalwäsche etc.), Rennwesten, Schützer und wollene Schals und Tücher.

Auf diese Artikel gewährt ihr während dieser Zeit

eine Ermäßigung von 20%

(auf 1 Mark = 20 Pf.)

Verkauf guter, solider Qualitäten.

Strickwollen im Preise wesentlich ermäßigt.

Merk. Eduard Wehner meißner Stc.

Günther's Gastwirtschaft

Ober-Grumbach.

Zu meinem am Freitag den 4. Februar stattfindenden

Abendessen

gestatte ich mit Freunde und Gönnern höchstlich einzuladen.

Um gütige Unterstützung bittend zeichnet

Hochachtungsvoll Paul Günther und Frau.

Einladung erfolgt nur von dieser Stelle aus.

KurtSiering, Potschappel

Theranstrasse Nr. 25

Rosschlächterei, Sparswirtschaft u. Pferdegeschäft

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2161

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

2121

gesellschaftlicher Hinsicht. Dieser Boykott hat in den Publikationen meines Nachfolgers wegen der darin liegenden Diskreditierung seines Vorgängers im Auslande einen eigenwilligen Einfluß gewirkt."

Kohlenüberschuss in Europa.

Allein in Deutschland ist Mangel.

Wie verlautet, sind bei Berliner amtlichen Stellen Nachrichten über die Erneuerung des Spa-Abkommens mit der Entente über Kohlensicherungen nicht eingetroffen. Die Verhandlungen sollen in Paris von Staatssekretär Bergmann geführt werden. In der Konferenz des Ministerpräsidenten ist die Kohlensfrage nicht behandelt worden.

Die Lage auf dem europäischen Kohlenmarkt hat sich, mit Ausnahme des deutschen Marktes, wesentlich verbessert. In den Ländern, die bisher unter einem starken Kohlenknappheit gelitten haben, wie Holland, Schweiz, Scandinavien und Frankreich, ist heute von Kohlemangel keine Rede mehr; diese Länder sind am Monate Januar versorgt. Die überreiche Versorgung dieser Länder dürfte ein Resultat der großen Preisrückgänge für amerikanische Kohle sein, die in der Versorgung Europas im vorigen Jahre eine Hauptrolle spielen und noch vor 2 bis 3 Monaten 28 bis 30 Dollar kostete. Heute steht der Preis auf 10 Dollar. Der Preis für englische Kohle ist heute 10 Schilling Hamburg. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Kohlenverbilligung machen sich in England bereits bemerkbar. Die Preise fallen dauernd. Und trotzdem soll Deutschland seine Kohlensicherungen an die Entente noch erhöhen!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

29 Milliarden ungedeckte Ausgaben.

Im Reichsrat machte ein Regierungsvorsteher Ausführungen über den Haushalt des Reiches nach Einbringung einer Reihe von Ergänzungsetats. Es geht daraus hervor, daß die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 29 Milliarden angewachsen ist. Wie die Reichsverwaltung eines solchen Fehlbetrages Herr werden wolle, dafür fehlt jeder Anhalt, besonders angegeben ist der von uns verlangten jährlichen Zahlungen zur Ausführung des Friedensvertrages. Der Arbeitsplan des Reichstages.

Die Beratungen des Reichstages dürfen mit Rücksicht auf die Debatten über die Reparationsnote wahrscheinlich noch nicht am 4. Februar abgeschlossen werden, sondern noch einige Tage länger dauern. Die Staatsdebatte soll wenigstens bis zu einem gewissen Grade vor den

Wahlen abgeschlossen werden, auch die oberschlesische Interpellation, das Schragey und einige andere Vorträge, darunter das Weitsteuergebot, sollen noch vor den Wahlen verabschiedet werden.

Frankreich.

Ein Schutz der deutschen Soldatengräber. Die französische Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der beantragt, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die Gräber der in Frankreich verstorbenen französischen und alliierten Soldaten auch auf die Gräber der deutschen Soldaten ausgedehnt werden sollen. Nach vorliegenden amtlichen Nachrichten gibt es im ganzen 40 000 deutsche Soldatengräber in Frankreich. Der Berichterstatter der Kammer hat seinen Bericht über das Regierungsvorprojekt eingebracht und fordert die Kammer zur Annahme auf.

Aufdeckung eines Mostauer Geheimbundes. Die französische Polizei hat eine vollständige Organisation der ausländischen Kommunisten in Frankreich aufgedeckt, die nicht nur politische Propaganda treibt, sondern auch falsche Pässe ausstellt. Die Hauptperson der Organisation ist ein gewisser Halewski, der in einem der größten Hotels in Alzette verhaftet wurde. Er war es, der Marx Zetkin zu dem französischen Sozialistenkongress in Tours begleitete. Marz hat seitdem seine Handlungen überall überwachen lassen, wartete aber mit seiner Verhaftung, bis man die ganze Organisation sowohl in Paris als auch in der Provinz fanne. Es fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Eine große Menge Dokumente wurde bei den Haussuchungen gefunden, ebenso eine vollständige Geheimdruckerie entdeckt. Augenblicklich werden Untersuchungen bei einer Reihe von Banken angestellt, um herauszubekommen, wo das Geld der Organisation verborgen ist und woher es kommt.

Neueste Meldungen.

Keine Antwort an die Entente.

Berlin. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Reichsregierung nicht die Absicht habe, die Noten der Entente zu beantworten. Die Regierung wird die Einladung nach London ablehnen.

Brandenburgisches Säbelgeräte.

Paris. Unter dem Vorstoß von Millerand hat der Oberste Kriegsrat geplatzt. Es wurde festgestellt, die Lage Frankreichs erfordere es, daß Deutschland sofort zahle. Wenn nicht, soll der Einmarsch in Deutschland erfolgen.

Keine Bezahlung der Kapp-Streitkräfte.

München. Ersttag für die Bezahlung der Streitkräfte während des Kapp-Putsches, der seinerzeit vom Stadtrat München beim Reich beauftragt wurde, ist nun vom zuständigen Reichsministerium abgelehnt worden.

Größere

Beeren - Plantage

Johannisbeeren, Stachelbeeren u. Himbeeren auf längere Zeit zu verpachten, zws. Höhndorf Nr. 4.

Ein guter, Herrenrad, Gehrockanzug und Winterüberzieher zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Ol. unter Nr. 2136.

Militärhosen, Röcke, Mäntel, Stiefel, Schuhe verkauf. Kelm, Dresden, Br. Blauesche Str. 87, Laden.

Eine prima englische 2122

Zuchtstute

jetzt hochtragend, verkauft

Curt Kohl, Lercha 5 bei Meißen.

Eine tragende Biege

sieht zum Verkauf.

2123 Kesselsdorf 36C.

Konservendanzug

Friedensqualität, wenig getragen, gut erhalten, ist preiswert zu verkaufen durch

Curt Welde, Dresden Straße 240.

Verkaufsvermittlung

von Landgrundstücken u. Geschäften übernimmt bei gewissenhafter Bedienung

H. Seiler, Dresden-A., Augsburger Str. 33. 2124

23jahr. Mädchen

sucht Stellung als Haus- oder Wirtschaftsmädchen auf ein höheres Gut.

Wer? zu erkennen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Anstand, Lehrfräulein nimmt sofort an

Frau Wägig, Schneidermeisterin, 2125 Helbigsdorf Nr. 26.

2124 Pa. Moschammelfleisch sowie Schweineschmalz à Pfund 14,50 Mr.

empfiehlt

Metzgermeister

Albert Herrmann,

Bahndorffstraße.

2125

Militärjuppen

(27 Ausmaß, neu u. gebräucht)

Mäntel, Hosen, Stiefel,

Schuhe, Ulster kostet man

billig bei

Frischje, Dresden-Löb.

Grundbader Str. 20 p, ab

Burgkstraße.

2126

Für 1. März sucht ein

ehrliches, fröhliches

2127 Hausmädchen

nicht unter 21 Jahren

das zeitweilig auch Gäste

bedienen soll.

Amtshof Wilsdruff.

2128

Junges

Mädchen v. Lande

2129

2130 Osswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch

Rossschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft

Potschappel, Turnerstrasse 10

Fernsprecher Amt Deuben 785

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

2131

Heimatmuseum

der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF

WILSDRUFF